Landtag von Baden-Württemberg 14. Wahlperiode

Drucksache 14/905

Änderungsanträge

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 14/805

Staatshaushaltsplan 2007/08

Einzelplan 05: Justizministerium

Ausgegeben: 08. 02. 2007

Drs. 141 905-1

Landtag von Baden-Württemberg

14. Wahlperiode

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE

LANDTAG B-W

06.FEB.2007 11:06

zur Beschlußempfehlung des Finanzausschusses Drs. 14/805

Staatshaushaltsplans für 2007/08

Hier: Auslagen in Rechtssachen

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel 53601 Auslagen in Rechtssachen

	2007 Tsd. €	2008 Tsd.€
statt	205.900,0	221.900,0
zu setzen	193.935,7	203.935,7

Stuttgart, den 1.2.2007

Oelmayer, Metzger, Kretschmann und Fraktion

45 anne

Begründung:

Die für 2007 veranschlagten Mehraufwendungen belaufen sich nach dem vorgelegten Entwurf auf über 33 Mio. €, für 2008 auf über 49 Mio. € im Vergleich zum Ist für das Jahr 2005. Trotz der zunehmenden Geschäftsentwicklung ist ein Mehr für 2007 in Höhe von 21 Mio. € und für 2008 in Höhe von 31 Mio. € im Vergleich zum IST 2005 ausreichend.

Dos. 14/905-2

Landtag von Baden-Württemberg

14. Wahlperiode

LANDTAG R-W 07.FEB.2007 12:17

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE

zur Beschlußempfehlung des Finanzausschusses Drs. 14/805 Staatshaushaltsplans 2007/2008

hier: Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter / Stellenplan für Richter

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0506 Sozialgerichtsbarkeit

Tit.: 42201 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter

	2007 Tsd. €	2008 Tsd. €
statt	9.934,5	9.961,2
zu setzen	10.998,8	11.025,5

sowie im Stellenteil Stellenplan für Beamte und Richter, Stellenzahl Landessozialgericht, Richter am Landessozialgericht

	2007 Stellenzahl	2008 Stellenzahl
statt	39	39
zu setzen	41	41

Stellenzahl Sozialgerichte, Richter am Sozialgericht

	2007 Stellenzahl	2008 Stellenzahl
statt	77	77
zu setzen	85	85

Stuttgart, den 6.2. 2007

Oelmayer, Metzger, Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Die ständig steigende Zahl der Verfahren vor den Sozialgerichten, die insbesondere auf die Umsetzung der Arbeitsmarktreformgesetze zurückzuführen ist, kann nicht mehr durch Maßnahmen zur Optimierung der Arbeitsabläufe oder durch Personaltransfers innerhalb der Justiz bzw. flexiblen Richtereinsatz bewältigt werden. Die Dramatik der Situation ist allseits bekannt. Zur Vermeidung überlanger Verfahren und eines Justizgewährungsdefizits ist die Schaffung von 10 Richterstellen (2 am Landessozialgericht, 8 an den Sozialgerichten) erforderlich.

Dn. 14/ 905-3

14.332,0

Landtag von Baden-Württemberg

14. Wahlperiode

LANDTAG B-W 07.FEB.2007 11:05

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 200 $^{1.400746}_{87}$ EFE 2007 11:04 zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/805

Einzelplan 05 Justizministerium

Umschichtung von Richterstellen aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit in die Sozialgerichtsbarkeit

Der Landtag wolle beschließen:

1. Kap. 0505	Verwaltungsgeric	htsbarkeit	
Titel 422 01	Bezüge und Neb	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	
		2007	2008
		TSD€	TSD €
	Statt	14.651,8	14.692,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern sowie

Zu setzen

im Stellenplan (S.168) unter R 1 in den beiden Jahren 2007 und 2008 jeweils 6 Stellen weniger auszubringen.

14.291,8

2

2. Kap. 0506	Sozialgerichtsbarke	eit		
Titel 422 01	Bezüge und Neben	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter		
		2007	2008	
		TSD€	TSD€	
	Statt	9.934,5	9.961,2	
	Zu setzen	10.294,5	10.321,2	

und die Erläuterung entsprechend zu ändern sowie

im Stellenplan (S.174) unter R 1 in den beiden Jahren 2007 und 2008 jeweils 6 Stellen mehr auszubringen.

Stuttgart, 6. Februar 2007

Vogt, Dr. Nils Schmid und Fraktion

Lel d

Begründung

Die Sozialgerichtsbarkeit hat derzeit einen stark erhöhten Geschäftsanfall zu bewältigen, insbesondere aufgrund von Klagen im Zusammenhang mit "Hartz IV". Diese Situation führt zu unzumutbar langen Wartezeiten bei der Behandlung der anhängigen Klagen. Im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die Geschäftsentwicklung dagegen in den vergangenen Jahren stark rückläufig (vgl. auch den Bericht des Justizministeriums zum Staatshaushaltsplan 2007/08, S. 16). Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Umschichtung von sechs Richterstellen aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit in die Sozialgerichtsbarkeit notwendig und sinnvoll.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG 14. Wahlperiode

Drs. 14/905-4 (mod.)

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses 14/805

Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Epl. 05 Justizministerium

LANDTAG B-W 08.FEB.2007 07::51

hier: Werkmeister für die Ausbildung im Jugendstrafvollzug

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0508 . Titel 42201

Justizvollzugsanstalten

2201 Stellenplan

Hauptwerkmeister (A8)

	2007	2008
statt	172	172 Stellen
zu setzen	175	175 Stellen

Titel 42201

 2007
 2008

 Tsd. Euro
 Tsd. Euro

 statt
 109.385,4
 109.461,0

 zu setzen
 109.493,4
 109.569,0

Stuttgart, den 1.2.2007

Oelmayer, Metzger, Kretschmann u. Fraktion

Begründung:

In der Justizvollzugsanstalt Adelheim wurden im Rahmen des Schnellbauprogramms der Landesregierung zwei Werkstätten gebaut, die den Jugendlichen zur Berufsfindung- bzw. Berufsausbildung im Jugendstrafvollzug dienen sollten. Diese Betriebe werden bis heute nicht zu Ausbildungszwecken genutzt, sondern als Lagerräume. Davon konnte sich der Strafvollzugsbeauftragte der grünen Landtagsfraktion am 29.01.2007 in einem Vorortbesuch in der Justizvollzugsanstalt selbst überzeugen. Der Grund hierfür liegt darin, dass das Land die erforderlichen Ausbilderstellen trotz entsprechender Anträge und Nachfragen von Seiten der Justizvollzugsanstalt, des Personalrats und der Gewerkschaften nicht besetzt und damit der Betrieb nicht gestartet werden kann. Dieses Vorgehen stellt ein Exempel falscher Finanzpolitik dar. Einerseits wird Geld vernichtet und andererseits wird an falscher Stelle, nämlich bei der Resozialisierung von jugendlichen Straftätern gespart. Schul- und Berufsausbildung gehören zu den Standards im Jugendstrafvollzug. Ohne eine entsprechende Ausbildung kann Resozialisierung nur schwer gelingen.